

## Sumpf beim AZV Pfattertal noch tiefer als angenommen



**Überörtliche Prüfer zeigen schonungslos „schwerwiegendste Beanstandungen“ auf/ Landrat Herbert Mirbeth will Aufarbeitung der Prüfungsergebnisse auf eine breite Basis in den gewählten Vertretungen der fünf Mitgliedsgemeinden stellen.**

Wiederholt hat das Regensburger Wochenblatt bereits über den Skandal beim Abwasserzweckverband Pfattertal (AZV) berichtet und hat den Kampf der Bürgerinitiative „Transparenz beim AZV Pfattertal“ gegen die „empörende Gebührenerhöhung“ begleitet. Dabei wurden auch die Misswirtschaft beim AZV Pfattertal und die hochspekulativen Finanzgeschäfte des ehemaligen Verwaltungsratsvorsitzenden angeprangert. Unglaubliche sieben Millionen soll er an der Börse verzockt haben.

Doch der Sumpf beim AZV Pfattertal ist noch tiefer als zunächst angenommen. Das wurde bei einer Pressekonferenz deutlich, bei der am Dienstag die Ergebnisse der Sonderprüfung der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung im Pfattertal (VBA) und der Betriebs- und Sanierungsgesellschaft mbH Mintraching (BSM mbH) vorgestellt wurden. In dem Bericht sprechen die Prüfer von „schwerwiegendsten Beanstandungen“, die den Verwaltungsvorsitzenden zuzuordnen seien.

Im gesamten Prüfungszeitraum sei eine extreme Abhängigkeit der Konzernorgane von externen Kräften festgestellt worden. Diese Abhängigkeit habe zu sehr hohen Aufwendungen geführt, „deren Notwendigkeit oder aber auch Rechtsgrundlage sich nicht immer erschloss“.

Auffällig waren laut Prüfer die Abrechnungen der den Konzern von Anfang an betreuenden Wirtschaftsberatungsgesellschaft. Während des Prüfungszeitraums konnten von 1997 bis 2009 Zahlungen des Konzerns an die Wirtschaftsberatungsgesellschaft in Höhe von 853.380,17 Euro festgestellt werden. Die im Prüfungsbericht untersuchten Gegenleistungen der Wirtschaftsberatungsgesellschaft gaben zu zahlreichen Beanstandungen Anlass.

Die Gestaltung der Verträge war für den Konzern äußerst ungünstig. Hierdurch sind erhebliche Kosten angefallen. Wegen fehlender Fachkenntnisse und Kontrolle war auch die Umsetzung der Verträge mit unnötigen Kosten in substanzieller Höhe verbunden, rechtlich gesicherte Einsparmöglichkeiten wurden nicht genutzt. Verantwortlich hierfür war der vormalige Verwaltungsratsvorsitzende. Der ist auch dafür verantwortlich, dass Verträge mit der Wirtschaftsberatungsgesellschaft bzw. Vertragsbestandteile nicht mehr auffindbar waren. Die fehlenden Unterlagen konnten nur teilweise über den jetzigen Verwaltungsratsvorsitzenden in Kopie sichergestellt werden. Der damalige Verwaltungsratsvorsitzende hatte dem Prüfer die Herausgabe verweigert. „Die Aufwendungen für Buchführung und Wirtschaftsprüfer waren zu hoch“, bringen es die Prüfer auf den Punkt.

Mitschuldig an dieser Entwicklung ist auch der Verwaltungsrat, der laut Bericht über die überörtliche Prüfung keinerlei Kontrolltätigkeit bezüglich des Vorstands der VBA ausübte.

Der Verwaltungsrat beschränkte sich darauf, sich von den Vorsitzenden, die sich wiederum grundsätzlich externer Berater bedienten, informieren zu lassen. Diese Informationen waren lückenhaft oder aber irreführend, so dass die Tragweite der finanziellen Probleme bereits für den Verwaltungsrat der VBA nicht offenbar wurde.

„Wir müssen alles schonungslos auf den Tisch legen“, forderte Landrat Herbert Mirbeth, der die Aufarbeitung der Prüfungsergebnisse auf eine breite Basis in den gewählten Vertretungen der fünf Mitgliedsgemeinden stellen will.

Autor: Josef Reisenauer

© wochenblatt.de  
<http://www.wochenblatt.de/nachrichten/regensburg/regionales/Sumpf-beim-AZV-Pfattertal-noch-tiefer-als-angenommen;art1172,25479>